



© BR/Herbert Ebner

27.01.2021, 05:46 Uhr

## Vernachlässigte Opfer-Orte: KZ-Gedenkstätte Dachau in Geld-Not

Die Zeitzeugen werden immer weniger. Umso wichtiger werden die Gedenkstätten, um an die Verbrechen der Nationalsozialisten zu erinnern. Doch gerade bei den Opfer-Orten liegt einiges im Argen. Es fehlt an Geld und Wertschätzung durch die Politik.



von [Thies Marsen](#)

Für die **Erinnerungskultur** in Bayern hätte 2020 eigentlich ein gutes Jahr werden können – ein Jahr des Umbruchs und des Aufbruchs. Noch im Januar hatte der bayerische Ministerrat angekündigt, 200 Millionen Euro in Gedenkort im Freistaat zu investieren, davon allein 110 Millionen Euro in die sogenannten Opfer-Orte – also vor allem in die großen KZ-Gedenkstätten Dachau und [Flossenbürg](#), aber auch in andere Erinnerungsprojekte, wie etwa in Kaufering bei Landsberg am Lech. Dort mussten zehntausende, vor allem jüdische Häftlinge Zwangsarbeit leisten. "Die Opferorte haben für mich Vorrang", hatte Kultusminister Michael Piazzolo noch Ende 2019 gegenüber dem BR betont.

- Zum Artikel Holocaust: "[Wir können keinen Schlussstrich ziehen!](#)"

### "Es ist baulich zum Teil katastrophal"

Dass die Opfer-Orte dringend Geld für Erhalt und Ausbau benötigen, zeigt das Beispiel Dachau. Die KZ-Gedenkstätte wurde zuletzt von rund einer Million Menschen aus aller Welt besucht und ist damit nach Schloss Neuschwanstein und dem Deutschen Museum in München die meist besuchte Sehenswürdigkeit in Bayern. Doch wie marode der Zustand teilweise ist, schilderte Gedenkstättenleiterin Gabriele Hammermann dem BR schon vor einem Jahr:



"Es ist baulich zum Teil katastrophal. Manche Gebäude dürfen bei bestimmten Wetterlagen nicht benutzt werden. Inhaltlich ist die Ausstellung jetzt seit 2003 mehr oder weniger unverändert." Gabriele Hammermann, Gedenkstättenleiterin Dachau

Sie hätten sich Geschichtsforschung und auch Vermittlungsformen längst weiterentwickelt.





"Aus diesem Grund ist es dringend geboten, dass die Ausstellung neu gemacht wird." Gabriele Hammermann, Gedenkstättenleiterin Dachau

## Corona stürzt Gedenkstätte in die Krise

An der Dringlichkeit hat sich seither nichts geändert. Und nun hat auch noch die Corona-Pandemie der KZ-Gedenkstätte zugesetzt. Nicht nur, dass die für Mai 2020 geplante große Feier zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ abgesagt werden musste, zu der über 70 einstige Häftlinge ihr Kommen angekündigt hatten. Durch die Pandemie-bedingte Schließung sind der Gedenkstätte zudem wichtige Einnahmen weggebrochen, etwa Parkgebühren und Einnahmen durch Führungen. Ende 2020 klaffte im laufenden Haushalt ein Loch von fast einer halben Million Euro. Im Dezember hatte die Gedenkstätte dem Vernehmen nach nicht einmal mehr Geld, um Toilettenpapier zu kaufen. Weil vom Freistaat keine Sondermittel zur Verfügung gestellt wurden, mussten Pflege- und Instandhaltungsarbeiten verschoben und Gelder aus dem Haushalt 2021 umgeschichtet werden. Doch diese Gelder fehlen nun im laufenden Jahr und die Pandemie ist nicht vorbei. Die Landtags-Abgeordnete Gabriele Triebel der Grünen fordert die Staatsregierung deshalb zum Handeln auf:



"Überall gleichen wir Verluste durch Corona aus. Und das ist auch richtig so. Da dürfen wir einen so wichtigen Bereich wie die Gedenkarbeit in Bayern und einen so wichtigen Ort wie die KZ-Gedenkstätte Dachau doch nicht ausnehmen." Gabriele Triebel

## Hinhaltetaktik des Freistaats

Aber nicht nur Corona ist ein Problem. Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen Gedenkstätten wie Dachau von Staatsregierung, Landrat und Bürgermeister offen angefeindet wurden, längst bekennen sich Freistaat und Kommunalpolitik zur Erinnerung an die Nazi-Verbrechen. Doch Worten folgen nicht immer Taten. Und oft zieht es sich hin, bis beschlossene Projekt auch umgesetzt werden. Sechs Jahre dauerte die Fertigstellung des neuen Parkplatzes der Dachauer Gedenkstätte. Schon vier Jahre ist es her, dass ein neues Konzept für die maroden Baracken am einstigen Appellplatz vorgelegt wurde. Nächstes Jahr soll es voraussichtlich umgesetzt werden.

Angesichts dieser Verzögerungen steht zu befürchten, dass auch die geplante großangelegte Erweiterung und Neugestaltung der Gedenkstätte noch lange auf sich warten lassen wird, obwohl dafür seit einem Jahr ein schlüssiges Konzept vorliegt.

## Stillstand am Erinnerungsort Kaufering

Anderswo geht praktisch gar nichts vorwärts – etwa in Landsberg, wo die Nazis im KZ-Außenlager-Komplex Kaufering über 6.000 Jüdinnen und Juden ermordeten. Seit vier Jahren liegt eine Machbarkeitsstudie für einen Dokumentationsort vor. Kultusminister Piazzolo sei zwar guten Willens, lobt der Landsberger Lokalhistoriker Manfred Deiler. Doch Ministerialbürokratie und Bayerische Gedenkstättenstiftung würden auf die Bremse treten, kritisiert Deiler, der seit drei Jahrzehnten in der Erinnerungsarbeit aktiv ist.



"Das bürgerliche Ehrenamt vor Ort draußen wird zwar oft in Sonntagsreden gewürdigt. Aber in Wirklichkeit erfährt es von staatlicher Stelle keine Wertschätzung und wird teilweise sogar behindert." Manfred Deiler, Landsberger Lokalhistoriker

## Die letzten originalen Häftlingsunterkünfte

Manfred Deiler ist Präsident der Stiftung Europäische Holocaustgedenkstätte, in deren Besitz sich das Gelände des ehemaligen Lager Kaufering VII befindet. Es ist der einzige Ort in Deutschland, an dem es noch originale Häftlingsunterkünfte gibt, die erst vor einigen Jahren aufwändig konserviert wurden. Seit Jahrzehnten versuchen engagierte Bürgerinnen und Bürger, dort einen angemessenen Gedenkort zu verwirklichen. Von der Staatsregierung fühlen sie sich hingehalten.



"Wir brauchen eigentlich eine klare Stellungnahme des Freistaats Bayern, ob er bei dem Projekt, hier eine Gedenkstätte auszubauen, mitmachen will." Manfred Deiler, Präsident der Stiftung Europäische Holocaustgedenkstätte

Die unklare Situation verhindere, so Deiler, dass man sich nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten umschaue könne.



"Das ist unser Problem: Es gibt kein Ja und kein Nein." Manfred Deiler, Präsident der Stiftung Europäische Holocaustgedenkstätte

Angesichts der Löcher, die Corona in den Staatshaushalt reißt, fürchten nun viele, dass am Ende für die Opferorte kaum mehr Geld übrig bleiben wird. Und ohne die letzten Zeitzeugen schwindet auch der gesellschaftliche Druck auf die Politik.

*"Darüber spricht Bayern": Der neue BR24-Newsletter informiert Sie immer montags bis freitags zum Feierabend über das Wichtigste vom Tag auf einen Blick – kompakt und direkt in Ihrem privaten Postfach. [Hier geht's zur Anmeldung!](#)*

